

Kulturbewahrung und Integration

Maro Temm – ein Wohnprojekt für Sinti und Roma

von RENATE SCHNACK

Mit dem „Dialog Grenzfriedensbund“ hat der heute mit der ADS vereinigte Grenzfriedensbund im Jahre 2001 ein vielbeachtetes Gesprächsforum geschaffen. So trug der „1. Dialog Grenzfriedensbund“, der der Zukunft der Minderheiten gewidmet war, dazu bei, dass über die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe hinaus auch weniger beachtete Minderheiten in den Blickpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt worden sind. (s. GFH 4/2001, S. 273-284 u. 293 f.). An der Veranstaltung nahmen auf dem Podium auch Renate Schnack, damals Minderheitenbeauftragte der Ministerpräsidentin, und der Landesvorsitzende des Verbandes Deutscher Sinti und Roma Matthäus Weiss teil.

Im Folgenden informiert Renate Schnack über die jahrhundertelang als „Zigeuner“ diffamierte nationale Minderheit der Sinti und Roma, und sie stellt das vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein geförderte genossenschaftliche Wohnprojekt „Maro Temm“ vor – ein national und international bislang einmaliges Modellprojekt, das Angehörigen der deutschen Sinti und Roma in Kiel sowohl die Bewahrung ihrer Kultur, als auch die Integration ermöglichen soll. Renate Schnack ist Vorstandsmitglied der Maro Temm eG.

Die Redaktion

1. Die Sinti und Roma als nationale Minderheit

Als „Sinti und Roma“ bezeichnen sich die weltweit verbreiteten, überwiegend aber in Europa – vor allem im ehemaligen Jugoslawien, in Rumänien, Ungarn, Frankreich, Spanien und Deutschland – beheimateten Minderheitengruppen mit schätzungsweise 8, vielleicht bis zu 12 Millionen Angehörigen. Die Bezeichnung „Sinti“ für die mitteleuropäischen Gruppen leitet sich möglicherweise von der Herkunft ihrer Vorfahren aus der nordwestindischen Provinz Sindh ab. Die Bezeichnung „Roma“ („Menschen“) ist außerhalb des deutschen Sprachraums der allgemeine internationale Sprachgebrauch.

Die zum Teil sehr unterschiedlichen oder abweichenden Zahlen kommen vermutlich durch uneinheitliche Definition zustande. Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ nennt andere Zahlen als manche nationale Statistik oder wissenschaftliche Erhebung. Zahlen können ja ohnehin nur Anhaltspunkte sein.

Die deutschen Daten beziehen sich auf Mitteilungen der Minderheit selbst: Für Deutschland weist der aktuelle Staatenbericht 60.000 deutsche Sinti und 10.000 deutsche Roma aus. Schleswig-Holstein geht davon aus, dass etwa 5.000 deutsche Sinti und Roma in und um Kiel, Lübeck, Geesthacht, Heide, Flensburg, Rendsburg und an anderen Orten leben.

Seit vielen hundert Jahren sind sie in verschiedenen Gegenden der heutigen Bundesrepublik traditionell ansässig, sofern sie nicht vertrieben, für vogelfrei erklärt oder systematisch deportiert wurden. Die erste urkundliche Erwähnung ansässiger Sinti für das heutige Gebiet Schleswig-Holsteins geht auf das Jahr 1417 in Lübeck zurück.

Insgesamt leben in Deutschland Angehörige von vier nationalen Minderheiten, nach eigenen Angaben mit etwa 220.000, vielleicht 250.000 Angehörigen. Etwa 100.000 davon leben in Schleswig-Holstein; kein anderes Bundesland ist von Minderheitenangelegenheiten und kultureller Vielfalt derart berührt wie Schleswig-Holstein. Während die dänische Minderheit, die Friesische Volksgruppe und das Sorbische Volk in bestimmten, angestammten Gebieten leben, bilden die deutschen Sinti und Roma in den Bundesländern keine homogene Einheit.

Der Landesverband deutscher Sinti und Roma e.V. mit Sitz in Kiel-Elmschenhagen vertritt die in Schleswig-Holstein ansässigen Sinti und Roma. Er wird finanziell vom Land Schleswig-Holstein gestützt. Seit 1980 wirkt der Landesverband mit seiner kulturellen und politischen Arbeit an der Verbesserung der Lebenssituation der Angehörigen der Minderheit durch verschiedene Aktivitäten mit. Als herausragend gilt das Mediatorinnen-Projekt, das mit dem Einsatz von Erziehungshelferinnen aus der Minderheit zur Betreuung und Förderung von Kindern von Sinti und Roma an Kieler Schulen und Kindertagesstätten erfolgreiche Arbeit leistet.

Träger der sozialen Organisation und der kulturellen Überlieferung ist aber dennoch die Familie. Die ältere Generation genießt die besondere Achtung der Jüngeren. Die kulturelle Identität gründet in der eigenen Sprache – Romanes –, aber auch in der Auseinandersetzung mit der Kultur der Mehrheitsbevölkerung und in der Erfahrung Jahrhunderte langer Verfolgung.

Wie weit die rein mündliche, geistige Weitergabe des Kulturgutes und insbesondere der Sprache noch in die Zukunft trägt, ist für die Minderheit eine der größten Herausforderungen, die in engem Zusammenhang mit der Bildung und Ausbildung der Kinder und den Möglichkeiten des Zusammenlebens in größeren Familienverbänden gesehen werden muss.

Eigene Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, sind begrenzt: Angehörige der nationalen Minderheit deutscher Sinti und Roma sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen, 80 Prozent der Haushalte sind auf staatliche Leistungen angewiesen und über Generationen hinweg fehlen bei Männern und bei Frauen eine anerkannte Berufsausbildung oder ein Schulabschluss. Stabile Arbeitsver-



Abb. 1 Kinder – die Hauptzielgruppe des Wohnprojekts Maro Temm für Sinti und Roma

hältnisse sind die Ausnahme und die Spirale der Abhängigkeit, der Ausgrenzung und Diskriminierung, aber auch der Gleichgültigkeit und Hoffnungslosigkeit dreht sich ungebrochen.

Die Erwachsenen haben sich auf ein Leben mit staatlichen Transferleistungen eingerichtet. Der Blick muss sich also auf die Kinder richten, die umgeben sind von sie liebenden Eltern, Großeltern und Verwandten, die ihnen aber nicht vorleben und zeigen (können), wie die Welt außerhalb des großen schützenden Familienclans funktioniert und welche Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe für sie bestehen.

Das hat der Landesverband der Sinti und Roma bereits 1995 erkannt und das Mediatorinnen-Projekt in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium darauf ausgerichtet. Und genau hier ist auch einer der Ansätze, die das Wohnprojekt Maro Temm entfalten will.

Maro Temm ist ein Projekt im Geiste des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten, worin der Bund, und durch ihn die Länder und Kommunen, sich verpflichtet haben, Bedingungen zu fördern, die es den Angehörigen nationaler Minderheiten ermöglichen, „ ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität, nämlich ihre Religion, ihre Sprachen, ihre Traditionen und ihr kulturelles Erbe zu bewahren.“ Hierzu hat sich die Bundesrepublik Deutschland, in der das Rahmenübereinkommen seit 1998 in Kraft ist, durch Artikel 5 Abs.1 des Rahmen-

übereinkommens verpflichtet. Zudem hat sich die Bundesrepublik gemäß Artikel 6 Abs. 1 verpflichtet, den Geist der Toleranz und des interkulturellen Dialogs zwischen der Mehrheitsbevölkerung und den nationalen Minderheiten zu fördern. Von den 47 Staaten des Europarats haben 39 das Rahmenübereinkommen ratifiziert (Stand 9/2007).

Europa hat sich (endlich) entschieden, seine vielfältigen Kulturen zu bewahren und betont in verschiedenen Dokumenten, dass nationale Minderheiten zum Reichtum Europas beitragen. Vor dem Hintergrund der Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten und der Tatsache, dass jede/r siebente Bürger/in in der EU sich einer Minderheit zurechnet, wurde das Jahr 2008 zum Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs erklärt.

Zwei Besonderheiten begleiten die Sinti und Roma in dieser neuen Zeit: Sie werden zur zahlenmäßig größten Minderheit innerhalb aller Völker in der erweiterten EU, und sie sind die mit Abstand am meisten diskriminierte Minderheit innerhalb Europas. Insbesondere die Diskriminierung ist für die Angehörigen dieser Gruppe Teil ihrer Lebenserfahrung.

Auch viele Deutsche haben nur negatives Wissen über Sinti und Roma. Obwohl die meisten selber gar keine Sinti oder Roma kennen und so gut wie nichts über deren Geschichte und Kultur wissen, folgen sie ihren Vorurteilen, die zwischen Gefahr und Idylle, Faszination und Ablehnung ambivalent angesiedelt werden und Ergebnis einer kollektiven Überlieferung innerhalb der Mehrheitsbevölkerung sind. Einer emnid-Umfrage aus den 90er Jahren zufolge sind zwischen 64 Prozent und 68 Prozent der heutigen erwachsenen Deutschen feindlich gegen Sinti und Roma eingestellt. Diese Gruppe ist wie keine andere in der Bundesrepublik sozial unerwünscht.

Wer will, dass Minderheitenangehörige deutscher Sinti und Roma ihre Sprache und Kultur nicht aufgeben müssen, muss ihnen zu einem gemeinsamen Ort der Sprach- und Traditionspflege verhelfen. Zersiedeltes Wohnen schmälert die Überlebenschancen von Sprache und Kultur und bedroht die Kulturvermittlung innerhalb der Minderheit. Und das unwiederbringlich.

Hier setzt die minderheitenpolitische Absicht des Projekts Maro Temm an: die positive Diskriminierung, also die gezielte und geeignete Förderung zur Sicherung der Minderheitenkultur. Mit dem Bau der Siedlung Maro Temm ist ein bedeutender Schritt zur Existenzsicherung der nationalen Minderheit und ihrer Sprache und Kultur gelungen.

2. Das Wohnprojekt Maro Temm

„Maro Temm“ ist Romanes und bedeutet „Unser Land / unser Platz“. Am Anfang gab es nur dieses Wort und den Wunsch des Landesverbandes deutscher Sinti

und Roma e.V. in Kiel nach einer Wohn- und Lebensperspektive für die Angehörigen der nationalen Minderheit, die deren Bedürfnisse und kulturelle Besonderheiten berücksichtigt. Nach sieben zum Teil sehr schwierigen und aufreibenden Jahren, in denen interne und externe Schwierigkeiten und Probleme verantwortlich gelöst werden mussten, gibt es diese Siedlung nun tatsächlich. Damit ist unter Ausschöpfung aller förderrechtlich möglicher Maßnahmen und in der Verantwortung für die Minderheit und ihre kulturellen Belange eine gute, sichere, sozial verantwortliche Wohnungsversorgung für deutsche Sinti und Roma entstanden. Wohnpolitisch und minderheitenpolitisch ist dieses Projekt national und international ohne Beispiel und findet entsprechende Beachtung. Es gibt zur Zeit keine vergleichbare Initiative, in der Sinti und Roma und Nicht-Sinti mit gemeinsamer Zielsetzung und in gemeinsamer Verantwortung handeln.

Die eigens dafür gegründete Maro Temm Genossenschaft eG hat mit diesem Projekt Neuland betreten. Der Unterstützerkreis und die Genossenschaftsmitglieder ohne Wohnanspruch geben ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement zugunsten einer Gruppe, die ohne diese Hilfe vermutlich nicht zum Ziel gekommen wäre. Dazu zählt auch die gezeigte Solidarität der anderen nationalen Minderheiten und ein Arbeitscamp des Internationalen Bauordens e.V. mit freiwilligen Helfern.

Eine intensive und konstruktive Begleitung durch verschiedene öffentliche Stellen, namentlich durch das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein und durch das Job-Center Kiel und durch weitere Partner wie die Stadtbau Hamburg, die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V., der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen und die Wankendorfer Baugenossenschaft für Schleswig-Holstein eG, hat wesentlich zu einer zielgerichteten und ordnungsgemäßen Abwicklung der Planungs- und Bauphase beigetragen.

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die überaus engagierte, kompetente Unterstützung, die der frühere Vorsitzende des Selbsthilfebauvereins Flensburg Helmut Schumann in das Projekt eingebracht hat. Er hat dadurch das Vorhaben mehr als einmal vor dem „Aus“ bewahrt.

Zur Verwirklichung dieses Modellvorhabens, dem eine Machbarkeitsstudie vorgeschaltet war, ist von der Landeshauptstadt Kiel eine etwa 10.000 m² große Fläche im Industriegebiet am Rande des Kieler Stadtteils Gaarden auf 75 Jahre im Wege des Erbbaurechts gepachtet worden. Eine Niedrigenergiehaus-Reihenhaus-siedlung mit 13 unterschiedlich großen Wohneinheiten auf etwa 1200 m² Gesamtwohnfläche, einschließlich Gemeinschaftsflächen, ist dort im Laufe des Jahres 2007 erstellt worden. Das Finanzvolumen umfasst ca. 1,9 Mio €. Die Finanzierung erfolgt ganz überwiegend durch ein öffentliches Darlehen des Landes Schleswig-Holstein, der zu den im sozialen Wohnungsbau üblichen Konditionen zurückgezahlt wird, sowie durch einen Kommunalkredit der Stadt Kiel, durch

Spenden, Mitgliedsbeiträge, durch Eigenkapital, das durch eine Leihgemeinschaft mobilisiert wurde, durch Eigenheimzulagen und anrechenbare Eigenleistungen der zukünftigen Bewohner während des Baus. Den jährlichen Aufwendungen zur Bewirtschaftung der Anlage stehen Mieteinnahmen gegenüber.

Vor wenigen Wochen sind insgesamt 13 Familien in die Häuser in der Diedrichstraße eingezogen. Mit diesem bundesweit einzigartigen Vorhaben wird ein neues Kapitel für die nationale Minderheit aufgeschlagen.

Es ist ein Ort entstanden, an dem Sinti und Roma generationenübergreifend miteinander leben und sich gegenseitig unterstützen können und an dem sie ihre kulturellen Besonderheiten und ihre Sprache Romanes bewahren und weiter entwickeln können. Vor dem Hintergrund dieser Sicherheit sollen insbesondere die heutigen und späteren Kinder ermutigt und befähigt werden, sich langfristig in beiden Kulturen zurecht zu finden, also „zweiströmig“ aufzuwachsen und zu leben. Schulbildung, Ausbildung und Arbeit ermöglichen gesellschaftliche Teilhabe. Als dadurch gefestigte Minderheitenangehörige werden sie im Idealfall später im wörtlichen und im übertragenen Sinne zur Existenzsicherung ihrer Minderheit und zu einem respektierten Ansehen in der Mehrheitsbevölkerung beitragen können, ohne zuviel von ihrer Identität als Sinto oder Sinteza, als Rom oder Roma aufgeben zu müssen.

Langfristig wird natürlich auch angestrebt, dass sich neben der Identitätswahrung und Existenzsicherung als Minderheit auch ein volkswirtschaftlicher Nutzen einstellen wird, denn Menschen, die sich durch ihre Arbeit unterhalten können, brauchen keine Hilfe vom Staat. Aber so weit ist der Projektverlauf und das Bewusstsein der Betroffenen noch lange nicht.

Voraussetzung für das Gelingen des Projekts allerdings ist, dass eine solche Entwicklung behutsam, ohne gegenseitige Überforderung, unter Berücksichtigung der kulturellen Besonderheiten und des historisch begründeten Verfolgungstraumas entfaltet wird, aber auch die Minderheit ihrerseits Bereitschaft erkennen lässt, sich auf Integrationsbemühungen einzulassen. Dazu bedarf es fachlicher Hilfe und Begleitung und eines auf mehrere Generationen ausgerichteten Zeitmaßes. Wer hier schnelle und sichtbare Veränderungen und Erfolge erwartet, wird enttäuscht werden. Das haben nahezu alle Projektbeteiligten im Laufe der Jahre zum Teil schmerzhaft erfahren müssen. Ganz entscheidend wird sein, wie in allen anderen Bereichen, in denen es um Integration geht, dass es Menschen in der Mehrheitsbevölkerung gibt, die zeigen, dass Sinti und Roma in der Mitte der Gesellschaft willkommen sind.

Wie Matthäus Weiss für den Landesverband deutscher Sinti und Roma aus Anlass des Richtfestes des Wohnprojekts im August 2007 formulierte: „Dies hier wird kein Ghetto, weil wir nicht wollen, dass es ein Ghetto wird. Nein, ganz im Gegenteil, wir wollen uns öffnen und die Leute können jederzeit hierher kommen



Abb. 2
Grundsteinlegung am
23. Mai 2007 mit Innen-
minister Dr. Ralf Stegner (l.)
und dem Landesvorsitzenden
der Sinti und Roma
Matthäus Weiss (r.)

und sich davon überzeugen.“

Es handelt sich ohne Zweifel um ein ambitioniertes Projekt mit offenem Ausgang: Werden die Familien die verbesserte Lebenssituation für sich und ihre Kinder zu nutzen wissen? Wird der Landesverband die Chancen für seine Angehörigen der nationalen Minderheit erkennen und ausbauen? Wird es seitens der Mehrheitsbevölkerung Interesse geben? Man wird sehen.

Die Genossenschaft agiert in Schleswig-Holstein in einem Bundesland mit großer minderheitenpolitischer Erfahrung und bedeutendem minderheitenpolitischem Engagement. Schutz und Förderung nationaler Minderheiten haben Verfassungsrang. Das Vorhaben wird seit Gründungstagen von prominenten Persönlichkeiten des Landes couragiert begleitet und unterstützt.

Die Förderzusage aus dem Wohnraumförderprogramm des Landes und die damit formulierte Erwartung des für den sozialen Wohnungsbau zuständigen Innenministers Dr. Ralf Stegner, die künftige Siedlung „als Beitrag für kulturelle Vielfalt unter gleichberechtigten Nachbarn“ zu gestalten, hat Maßstäbe gesetzt.

Aktive Gestaltung statt passiver Toleranz oder Duldung ruft in diesem Politikfeld allerdings auch immer Widerstand auf den Plan. Es gab in Kiel von privater wie auch von öffentlicher Seite unverhohlene Ablehnung gegen die Minderheit und



Abb. 3 Haus für den Gemeinschaftsraum in der Wohnsiedlung Maro Temm

ihre Pläne. Innenminister Dr. Ralf Stegner fand aus Anlass der Grundsteinlegung im Mai 2007 klare Worte: „Kiel kann stolz auf dieses Leuchtturmprojekt sozialer Integration sein“, sagte der Minister. Sinti und Roma seien ein Teil der Gesellschaft. Wer versuche, diese Menschen an den Rand zu drängen und sie zu isolieren, leiste Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit Vorschub. Nach dem Bezug der Siedlung und einer Eingewöhnungszeit wird es mit Hilfe eines geplanten sozialen Folgeprojekts erst einmal darauf ankommen, Kontakte zwischen Stadtteil und Wohnquartier aufzubauen und vertrauensvoll zu vertiefen, eine Begegnungskultur zwischen Mehrheit und Minderheit zu entwickeln und gezielt die Bildungsferne für die nachfolgenden Generationen zu verkürzen. Bis zur Fertigstellung eines für später auf dem Gelände geplanten Gemeinschaftshauses soll ein Gemeinschaftsraum in der Siedlung diese Bedingungen fördern. Von der Hausaufgabenhilfe und spielerischem Lernen bis hin zu Freizeitaktivitäten, Versammlungen und kleinen kulturellen Begegnungsfesten soll hier ein Treffpunkt der Kulturen entstehen und für ein gutes Miteinander vor Ort einen Beitrag leisten.